

verklausuliert die Möglichkeit erwähnt hatte, verheiratete Männer zu Priestern zu weihen „in einer Situation außerordentlichen Priestermangels und auf solche Gebiete beschränkt, die sich in einer solchen Lage befinden“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 136). Der Papst sprach dann weiter von „ernsten Vorbehalten“, die er hinsichtlich einer solchen *Ausnahmesituation* zu machen habe; er sprach ebenfalls davon, daß ein solcher Vorschlag vom Gesamtepiskopat geprüft werden müsse, ehe irgendwelche Schritte in dieser Richtung unternommen werden könnten. Die Wood-Hall-Delegierten schienen zu glauben, die Erfordernisse der Seelsorgslage in England könnten als analog zu denen in Lateinamerika dargestellt werden. Prälat *M. Buckley*, der „Hausherr“ in Wood Hall und Beauftragte für die Organisation der Konferenz, äußerte sich jedoch folgendermaßen: „Wir müssen zwischen dem Zölibat als geistlichem Wert für das Priestertum und dem gesetzlichen Junctim zwischen Zölibat und Priestertum unterscheiden.“

Anscheinend war man sich in Wood Hall keinesfalls darüber im klaren, wie Rom wohl auf jene Art von Vorschlägen reagieren würde, an die wohl gedacht war. In der Frage der *Wiederzulassung* jener Priester, die wegen Heirat ihr Amt verlassen mußten, hat sich die Konferenz ganz bewußt nicht festgelegt. Man sah sich außerstande, Stellung zu beziehen, bevor die Frage nicht eingehend geprüft sei.

Die Konferenz setzte sich für eine sorgfältige Untersuchung der Gründe ein, die die Priester zur Amtsniederlegung veranlassen. Eine solche großangelegte Untersuchung würde auch genaue Zahlenangaben über die Betroffenen liefern; das fehle bis jetzt noch. (Nach Schätzungen sollen jährlich etwa 50 Diözesanpriester ihr Amt verlassen; die Zahl der Ausfälle unter den etwa 2700 Ordenspriestern in England und Wales dürfte etwas höher liegen). Man äußerte den Wunsch, selbst mehr in die amtlichen kirchlichen Bemühungen um jene Priester einbezogen zu werden, die ihr Amt verlassen haben. (Im Februar war unter Leitung der Bischöflichen Kommission für soziale Wohlfahrt ein Büro geschaffen worden, das ehemaligen Priestern spirituelle und materielle Hilfen leisten soll.)

### *Ortskirchliche Strukturprobleme*

Ein anderer innerkirchlicher Problemkreis, mit dem sich die Konferenz beschäftigte, war die Frage nach der *Größe eines Bistums* und nach der Art und Weise der *Bischofs-ernennung* — letztere Frage hatte in England in letzter Zeit zu lebhaften Kontroversen geführt. Man war auf der Konferenz der Ansicht, in England und Wales seien die Diözesen viel zu groß, als daß es einem Bischof überhaupt möglich wäre, mit seinem Klerus und seinen Diözesanen in ständiger Verbindung zu bleiben. Andererseits wollte man jedoch nicht jene Vorteile preisgeben, die sich aus einer zentralisierten Verwaltung ergeben. So empfahl man denn ein *Doppel-System*, wonach kleinere Diözesen für jene Verwaltungsbereiche zusammengefaßt werden sollten, in denen sich eine zentrale praktische Abwicklung besonders empfiehlt. Man dachte dabei an das Beispiel der Neustrukturierung des Pariser Metropolitansprengels, wo im Jahre 1966 die vier Diözesen innerhalb von Groß-Paris (Créteil, Nanterre, Saint-Denis, Paris) durch einen interdiözesanen Rat miteinander verbunden wurden und seitdem eine gemeinschaftliche Personalplanung durchgeführt wird (vgl. Herder-Korrespondenz, 20. Jhg., S. 549). Ebenso wurde ein vom Priesterrat der Diözese Liverpool ausgearbeiteter Plan diskutiert, der eine Aufteilung dieser Erzdiözese in sechs jeweils von einem Weihbischof geleitete Regionen vorsah. Im übrigen optierte man für Kleinstdiözesen von höchstens 100 000 Gläubigen. Interessan-

terweise mochten sich die Delegierten nicht mit dem Gedanken an *bischöfliche Vikare* (auch ohne Bischofsweihe) anfreunden.

Unzufrieden war man mit den geltenden Bestimmungen über die Bischofsernennung. Die Delegierten sprachen sich für eine Konsultation des Diözesanklerus und der Gläubigen und für eine allgemeine Befragung aus. Dabei hielt man ein *Vorschlagsverfahren* für richtiger als eine eigentliche Beteiligung an einer Wahl, da die Mehrzahl der Gläubigen kaum in der Lage wäre, von sich aus festzustellen, wer der geeignetste Kandidat sei. Andererseits könnten die Gläubigen sehr wohl nach den erwünschten Eigenschaften „ihres“ Bischofs gefragt werden.

Am Ende der Konferenz stand der Versuch, sich von der Beschäftigung mit rein innerkirchlichen Fragen zu lösen: Während man so viel Kraft investiere, um vertraute Strukturen zu erhalten, versäume es die Kirche, sich der Aufgabe der moralischen Führung der modernen Gesellschaft zu widmen. Die Delegierten waren davon überzeugt, daß sich die Kirche in den großen gesellschaftlichen und politischen Gegenwartsfragen viel mehr engagieren müsse. Zu diesen Aufgaben zählten sie das Wohnungsproblem, die Frage der Rassendiskriminierung oder auch den Versuch, *Gemeinschaftsbewußtsein* innerhalb einer modernen Industriegesellschaft schaffen zu helfen. Von diesem Geist waren denn auch die letzten Resolutionen getragen, die auf eine *Evangelisation* in engster Zusammenarbeit mit den Gläubigen der anderen christlichen Kirchen gerichtet waren.

### *Die Bischofserklärung von Brasilia*

Eine Aussprache mit dem brasilianischen Justizminister hatte nicht auf der Tagesordnung der Jahresversammlung der brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) gestanden, die Ende Mai in Brasilia tagte. Minister *Alfredo Buzaid* hatte sich selber eingeladen. Am Vorabend der Abstimmung über das fünfte Kapitel des „Pastoraldokumentes von Brasilia“ — betitelt: „Nationale Fragen“ — suchte er die Bischöfe zu einem Gespräch auf. Es wurde ein Hearing. In ihm wirkte der Minister des Rechts nicht allzu überzeugend. Er war nur ausgerüstet mit den bekannten Re-

gierungsargumenten zur Rechtfertigung der weitausgelegten „Subversionsbekämpfung“: mit den Hinweisen auf die „internationale Verschwörung“ gegen das Militärregime, die „kommunistische Gefahr“ und die praktizierte Katholizität des Kabinetts.

Die fünf Bischöfe dagegen, die das *Hearing* in bewußter Abwesenheit des CNBB-Präsidiums bestritten, brachten zur Sprache: die Gummiparagraphen des Ausnahmegesetzes, willkürliche Verhaftungen, vor allem aber die Folterungen in brasilianischen Geheimpolizeibüros und Ge-

fängnissen. Dem Nachweis von 200 dokumentierten Fällen schwerer Folterungen an politischen Häftlingen wußte Minister Buzaid nicht anders zu begegnen als mit der Feststellung, sie dürften nicht der Regierung angelastet werden. Es handele sich um Extremfälle, in denen einzelne Beamte ihre Kompetenzen überschritten. Doch den Nachweis der Strafverfolgung der Folterer blieb der Minister schuldig, obgleich die Regierung diese bereits vor Monaten zugesagt hatte, falls sich die Dokumentationen der brasilianischen Justitia-et-Pax-Kommission bewahrheiten sollten.

### Nur 22 Gegenstimmen

Und so wurde das mit Spannung erwartete „politische“ Kapitel des Pastoraldokumentes am nächsten Tag verabschiedet. Das Abstimmungsergebnis lautete: 159 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen, zwei Stimmenthaltungen. Diese Stellungnahme der brasilianischen Bischofskonferenz zeigt ein relativ hohes Maß an Einigkeit und Ständfestigkeit im Grundsätzlichen. Die brasilianische Kirchenleitung wußte sich den Beschlüssen der Zweiten Gesamtlateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín 1968 und ihrer Konkretisierung in der brasilianischen Gegenwart verpflichtet, war aber nicht bereit, die Kirche für politische Machenschaften — gleich welcher Richtung — vereinnahmen zu lassen. Es geht ihr um die Verteidigung des Menschen und das auch dann, wenn die Treue zu dieser Verpflichtung der Entspannung im Verhältnis Kirche — Staat nicht gerade förderlich ist. Andererseits aber wird die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft der Kirchenführung mit der Militärregierung dokumentiert. Und überdies sind die Härten, die sich einfach aus der Tatsache der Publikation bitterer Wahrheiten durch ein solches Gremium ergeben, wie es die Bischofskonferenz darstellt, abgemildert durch Passagen, in denen die CNBB der Regierung suggeriert, man halte sie für einsichtig genug und fähig, die Grundforderungen der Menschenrechte und der Demokratie zu erfüllen.

Das fünfte Kapitel des Dokumentes beginnt mit dem Zugeständnis, es sei für die brasilianische Regierung zweifellos nicht leicht, in einer so heiklen Situation, wie sie das Land derzeit durchlebe „und die von der Regie-

rung selbst als *Ausnahmestand* bezeichnet wird“, richtige Handlungsmaßstäbe zu finden. Weiter heißt es dann zur Frage der revolutionären Taktik: „Gewaltanwendung, sei sie in Form von Überfällen, Entführungen, Mord oder anderen Terrorakten, können wir nicht gutheißen . . . Sie entspricht auch sicher nicht dem Willen des Volkes. Im Gegenteil, sie beinträchtigt ernsthaft sein Streben nach einer ganzheitlichen Entwicklung und das Bemühen um eine angemessene Lösung unserer wirklichen Probleme.“

### Die Handhabung des Rechts

Als Bischöfe, die für die Verkündigung des Evangeliums verantwortlich sind, fühlten sie sich verpflichtet, zu jenen grundlegenden Fragen unserer nationalen Lage Stellung zu nehmen, die die menschliche Person unmittelbar betreffen. An erster Stelle nennen sie die Handhabung des Rechts. „Es ist durch unsere Gesetze geregelt und geschützt, wird aber fortlaufend schwer verletzt. Das geschieht durch verschleppte und ungenau geführte Prozesse, durch Verhaftungen aufgrund reiner Verdächtigungen oder zweifelhafter Anzeigen, durch Untersuchungshaft, die sich über mehrere Monate hinzieht und in der den Inhaftierten nicht selten das fundamentale Recht auf einen Anwalt und Verteidigung verweigert wird.“

Zu alledem sei es trotz der Dementis nicht gelungen, im brasilianischen Volk und der internationalen öffentlichen Meinung die Überzeugung zu widerlegen, daß in Brasilien erhebliche Fälle von *Folterungen* vorkommen. „Für die juristische Überprüfung dieser Beschuldigungen, die hierzulande und im Ausland verbreitet werden, sind wir nicht zuständig. Es ist Aufgabe der Regierung, im Interesse Brasiliens das Problem von Grund auf zu untersuchen, um das durch solche Anklagen schwer geschädigte Ansehen unseres Landes auf internationaler Ebene wieder zu heben und unser Volk zu beruhigen. Wir sind sicher, daß Folterungen, soweit sie nachgewiesen sind, nicht auf offizielle Weisung der Regierung geschehen, die wir für stark genug halten, sie zu unterbinden und die Schuldigen zu bestrafen.“

Die Bischöfe betonen, sie vernachlässigten ihren apostolischen Auftrag, wenn sie nicht gerade jetzt fest und eindeutig jede Art physischer oder

psychischer Folter verurteilten, wo immer sie praktiziert wird — in Brasilien oder irgendeinem anderen Land der Welt. Es sei zweifellos Aufgabe der Staatsgewalt, das Gemeinwohl und die soziale Ordnung zu fördern. Gewalttätigkeit, die die Ordnung untergräbt, könne weder gutgeheißen noch geduldet werden. „Aber auch die Reaktion mit Gewalt auf Gewalt muß entschieden abgelehnt werden. Sie führt zur Eskalation des Bürgerkrieges, dessen Opfer das Volk selbst ist, Opfer der Unsicherheit, des Mißtrauens, der Verwirrung. Wir haben dafür in der Welt genug Beispiele in den schon chronischen Lokalkriegen, deren Ende immer weniger abzusehen ist.“

Die Bischöfe fordern, daß die „Regierung, die schon handgreifliche Erfolge aufzuweisen hat in der finanzwirtschaftlichen und administrativen Entwicklung und auf den infrastrukturellen Gebieten des Transport- und Kommunikationswesens, der Energieversorgung, des Wohnungsbaus, jetzt mit besonderer Dringlichkeit die Politik des humanen Fortschritts angehen muß. Wir sind Zeugen der tragischen Situation, in der ein großer Teil unserer Bevölkerung — vor allem die Landbevölkerung und städtischen Randsiedler — lebt. Nichts ist so fundamental unersetzbar für die umfassende Entwicklung eines Landes, als den Menschen an die erste Stelle zu setzen. Die technologische Entwicklung muß auf der Entwicklung des Menschen basieren, sonst haben wir eine sterilisierte Nation, die sich des besten ihrer Werte beraubt. Wird der Mensch nicht Mittelpunkt der Entwicklungsplanung, dann wird er zermahlen in der Maschine des Staates oder der Wirtschaft.“

### Die dringendsten Reformen

Die Bischöfe nennen die wichtigsten *Reformforderungen* beim Namen: eine sofortige und effektive Agrarreform, den Ausbau des Bildungswesens, der Gesundheitsfürsorge, der Arbeitsplatzbeschaffung. Vorrang gebühre weiter der Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte. „Unser Volk wird staatsbürgerlich und sittlich nur vorankommen, wenn ihm eine klare, wirksame, organische und subsidiäre Mitarbeit in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung ermöglicht wird. Das bedeutet auch, es ist das Recht auf

freie Meinungsäußerung wiederherzustellen. Eine Nation, die mündig sein will, muß auch oppositionelle Meinungen zulassen können. Uns scheint wichtig, daß man unterscheiden lernt zwischen der Opposition, die systematisch Gewalt anwendet, und jener, die von demokratischen Kriterien und Prinzipien ausgeht und als kritisches Element jeder menschlichen Institution unerlässlich ist. Der letzten muß im Interesse des Gemeinwohls und der sozialen Ordnung die Freiheit gewährt werden, ihre Meinungen und Motive öffentlich darzulegen.“

Aus dieser Sicht müsse sich die Kirche in Brasilien heute notwendig von einer Reihe Regierungspositionen distanzieren. „Wir wissen sehr wohl, daß einzelne und Gruppen, über deren Absichten uns kein Ur-

teil zusteht, die Stellung der Kirche geschwächt haben. Wir haben es mit zwei extremen Haltungen zu tun. Auf der einen Seite stehen Gruppen unseres Katholizismus, die so wichtige und ernst zu nehmende Dokumente wie die des Konzils und der Gesamtlateinamerikanischen Bischofskonferenz als Stimme der Kirche ablehnen und den Rückzug der Kirche in eine mißverständene Spiritualität verlangen. Auf der anderen Seite werden die gleichen Dokumente zur Legitimierung der politischen Radikalisierung mißbraucht.“

„Ruhig und fest“ weisen die Bischöfe „die verallgemeinernden Beschuldigungen zurück — jene, die besagt, die Kirche in Brasilien sei Hüterin des Status quo und unempfindlich gegenüber den Problemen unseres Volkes, und jene konträre, die

unterstellt, die Kirche fördere den Umsturz“. Sie möchten „alle Katholiken stärken, die unter Opfern und trotz Verständnislosigkeit innerhalb und außerhalb der Kirche, der Versuchung und dem Druck beider Extrempositionen widerstehen und hellhörig gegenüber den Grundbedürfnissen unseres Volkes und treu den Weisungen der Kirche, aufrichtig Gott und Brasilien zu dienen suchen“.

Nur ein Klima der Wahrheit, könne eine „mündige Beziehung zwischen Kirche und dem Staat“ ermöglichen. Aufgabe der katholischen Christen, die in der Regierung und den Planungsorganen mitarbeiten, muß es sein, eine ganzheitliche Politik in Brasilien anzustreben, „in der der Mensch Mittelpunkt der Sorge und Ziele ist“.

## Vorgänge und Entwicklungen

### *Die neue Linke in der SPD*

Die SPD sieht sich zehn Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Programms, mit dem sie den entscheidenden Schritt von der Klassenpartei zur Volkspartei machte, vor Probleme gestellt, die sich aus einer Renaissance des Marxismus in den Kreisen ihrer jungen Anhänger und nicht nur bei ihnen ergeben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Kl.-P. Schulz* sieht in diesem Vorgang gewisse Parallelen zu der innerparteilichen Opposition der sogenannten „Jungen“, jener „lebensgefährlichen Randerscheinung“, die vor 80 Jahren die deutsche Sozialdemokratie stark beunruhigte und von August Bebel mit konsequenter Härte überwunden wurde (Deutsche Sozialdemokratie, ein Name und ein Programm, in: „Die neue Gesellschaft“, März/April 1970, S. 219 ff.). Er schreibt: „Auch gut zehn Jahre nach Godesberg ist die SPD an der Peripherie noch anfällig für utopische Parolen, die nicht ein Rezept unter anderen zur Abstellung gesellschaftlicher Übel, sondern das Rezept schlechthin anpreisen. Wird diese Peripherie ernstlich mit den ‚kritischen Fragestellungen der APO‘ infiziert, wie das seit einigen Monaten mit allen Mitteln versucht wird, so entsteht daraus durch zwangsläufige Publizität ein öffentliches Ärgernis, das sich weit über seinen Ursprungsherd hinaus fortpflanzen muß. Zwar wird der im Kern nach wie vor gesunde Organismus der deutschen Sozialdemokratie auch mit dieser Anfechtung wie mit unzähligen anderen in der Vergangenheit fertig werden, aber auf Kosten ihrer Anziehungs- und Ausstrahlungskraft, wenn nicht endlich unter Preisgabe einer falschen, allmählich dümmlich anmutenden Liberalität eine entschiedene Grenze aufgerichtet wird, die es mit letzter Entschlossenheit zu verteidigen gilt.“

Aus diesen Worten klingt sehr deutlich die Sorge heraus, daß die SPD durch das eine breite Öffentlichkeit allmäh-

lich beunruhigende Wiederaufleben marxistischer Ideen ihre gerade mühsam errungene politische Führungsposition in der Bundesrepublik Deutschland verlieren könnte. Und diese Sorge ist nicht unberechtigt. Gut informierte Beobachter registrierten die neuen Tendenzen allerdings schon seit 1965. Die Bundeskongresse der Jungsozialisten, der Jugendorganisation der SPD, brachten 1965, 1967 und 1968 jeweils einen deutlichen, wenn auch in seinen inneren und äußeren Auswirkungen noch begrenzten Ruck nach links. (In dieser Entwicklung spielten sicher auch geistige und personelle Einflüsse aus dem Bereich der APO eine Rolle, die ja im übrigen aus sehr unterschiedlichen Gründen und in verschiedener Dichte bis in liberale und christdemokratische Gruppierungen hinein spürbar wurden.) Aber in allen diesen Jahren konnte man auch in den Kreisen der sogenannten Alt-Linken, die seit Godesberg den Verlust ihrer politischen Heimat beklagen, Vorgänge beobachten, die deutlich zeigten, daß marxistisches Denken in der SPD keineswegs ausgestorben ist. Vor den Bundestagswahlen 1969 wurde diese ganze Entwicklung jedoch mit geschickter Regie aus taktischen Gründen sowohl von den Jungsozialisten als auch von der SPD immer wieder verdeckt. Dabei kam ihnen auch eine in bourgeoisen Kreisen weitverbreitete, mit einer gehörigen Portion Wunschenken verbundene Auffassung entgegen, nach der die gesamte SPD allen sozialistischen Ideen abgeschworen habe.

### *Mehr Einfluß seit München*

Deutlicher in den Vordergrund traten die linken Tendenzen mit dem Bundeskongreß der Jungsozialisten im Dezember 1969 in München. Spätestens hier wurde klar, daß es den Linken, die zehn Jahre konsequente Kaderpolitik